

Marcelo Eibs Cafrune¹

Das Recht auf Stadt in Brasilien

Genese, Anspruch und Wirklichkeit des Rechts

Es ist bemerkenswert, dass das Recht auf Stadt in Brasilien zu solch einem anerkannten Anspruch geworden ist. Darin lassen sich die Forderungen ganz unterschiedlicher sozialer Gruppen zusammenbringen. Es geht um den Bestimmungsprozess des Begriffs, der mit der Auseinandersetzung progressiver brasilianischer Intellektueller mit den Arbeiten von Henri Lefebvre begonnen hat und sich schnell in anderen Kontexten verbreitete, ebenso im rechtlichen Bereich.

Der Begriff geht damit über den akademischen Bereich hinaus und wird aufgrund des produktiven Verhältnisses zwischen Professor*innen und Student*innen und sozialen Bewegungen häufig in der brasilianischen Öffentlichkeit diskutiert. Der Ausdruck „Recht auf Stadt“ erfasst gegenwärtig verschiedene Ansprüche wie das Recht auf Wohnung, Rechte für Obdachlose, die Forderung nach Qualität von Nahverkehrsmitteln und städtischer Mobilität, Verteidigung gemeinschaftlicher Räume gegen Privatisierung und Meinungsfreiheit. Es stellt sich als Synthese der Ansprüche auf neue Formen des Aufbaus und Erfahrens des städtischen Raumes dar.

Ziel dieses Beitrags ist es, die Geschichte des Konzepts des Rechts auf Stadt in Brasilien nachzuzeichnen, die bestehenden rechtlichen Instrumente zur Durchsetzung des Rechts auf Wohnen als Mittel zur Ausübung des Rechts auf Stadt darzulegen und über die neuen Forderungen in Bezug auf das Recht auf Stadt zu berichten, die die Bedeutung des Begriffs durch vielfältige Ansprüche umschreiben. Neben akademischen Veröffentlichungen, offiziellen Dokumenten und der Gesetzgebung werden Manifeste sozialer Gruppen, die sich in Initiativen für das Recht auf Stadt engagieren, als Quellen dieses Aufsatzes ausgewertet. Darüber hinaus wurden Zeitungen, Zeitschriften und Webseiten, auf denen zu Aktionen aufgerufen wurde, auf denen sie publiziert und organisiert wurden, besonders berücksichtigt.

Zunächst wird die Entwicklung des auf zwei unterschiedlichen Dynamiken basierenden Rechts auf Stadt in Brasilien verdeutlicht. Das erste Element dieser Dynamik ist die zunehmende institutionelle Anerkennung des Rechts auf Stadt. Es geht um das Ergebnis politischen Engagements sozialer Bewegungen, die darauf abzielen, das Recht auf Stadt als einen rechtlichen Anspruch, so ähnlich wie das Recht auf Umwelt oder auf politische Teilnahme, zu gewährleisten. Als zweites Element lassen sich die Erfahrungen der Ausübung des Rechts auf Stadt als politischer Kampf beleuchten. Solche Kämpfe können nicht auf eine reine Forderung nach rechtlicher Institutionalisierung beschränkt werden.

1 Der Autor dankt Carolina Alves Vestena für die Kommentare und für die Übersetzung des Textes vom Portugiesischen ins Deutsche.

Das Recht wird vielmehr als Anerkennungs- und soziale Sichtbarkeitsstrategie eingesetzt.

1. Die Genese des Rechts auf Stadt in Brasilien

Aus dem demokratischen Wandel in Brasilien in den 1980er Jahren und als Teil sozialer Bündnisse für gewerkschaftliche und politische Freiheit entstand die nationale Bewegung für städtische Reform (*Movimento Nacional pela Reforma Urbana* – MNRU), gegründet von Nichtregierungsorganisationen, Nachbarschafts- und Berufsverbänden sowie sozialen Bewegungen.² Die damaligen politischen Forderungen wurden unter dem Motto der städtischen Reform³ eingesetzt, zu denen das Recht auf Wohnung neben anderen Themen wie öffentlicher Verkehr und Zugang zur Arbeit gehörte.

Die MNRU spielte eine wichtige Rolle für die Einbeziehung des Kapitels über die städtische Reform in die brasilianische Verfassung von 1988. Dabei wurde den lokalen Regierungen die Befugnis erteilt, einen Plan zur Stadtentwicklung zu entwerfen. Durch diesen Plan sollten die Mittel zur Entwicklung der sozialen Funktionen der Stadt⁴ eingeführt werden. Die Verfassung sah zudem ein allgemeines Gesetz vor, in dem die allgemeinen Richtlinien der städtischen Politik festgestellt werden sollen. Zur Erarbeitung dieses Gesetzes⁵ bildete die MNRU eine politische Fraktion, um die Debatte darüber in den vorhandenen Foren und im Bundesparlament fortführen zu können.

Das politische Handeln wurde nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene vorangetrieben. Während der in Brasilien abgehaltenen Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (Eco-92) schlossen die sozialen Bewegungen und die NGOs den „Vertrag für nachhaltige, demokratische und gerechte Städte, Kommunen und Dörfer“ (*Tratado por Cidades, Vilas e Povoados, Justos, Democráticos e Sustentáveis*).⁶ In der zweiten Gipfelkonferenz der UN, Habitat II, 1996 erhielten zwei Themen besondere Berücksichtigung: das menschenwürdige Wohnen für alle und die Entwicklung nachhaltiger Siedlungen.⁷ Parallel zu Habitat II versammelten sich fast

2 Nelson Saule Jr./Karina Uzzo, A trajetória da reforma urbana no Brasil, in: Ana Sugranyes/Charlotte Mathiavet (Hrsg.), *Cidades para todos: propostas e experiências pelo direito à cidade*. Santiago, Chile (HIC) 2010, 259–270 ff., abrufbar unter <http://www.redbcm.com.br/arquivos/bibliografia/a%20trajectoria%20n%20saule%20k%20uzzo.pdf> (letzter Abruf 24.8.2015).

3 Nabil Bonduki, A Reforma Urbana no Processo de Participação Popular na Constituinte, in: *Constituição 20 Anos: Estado, Democracia e Participação Popular*. caderno de textos. Brasília (Edições Câmara) 2009, 177, abrufbar unter http://bd.camara.gov.br/bd/bitstream/handle/bdcamara/2441/constituicao_20_anos_caderno.pdf (letzter Abruf 9.9.2012).

4 Unter dem Begriff versteht sich, dass die Prävalenz gemeinsamen Interesses über das individuelle Recht auf Eigentum vorgezogen werden soll.

5 In den 1990er Jahren wurde die nationale Bewegung für städtische Reform Nationales Forum der städtischen Reform genannt.

6 Vgl. Observatório das Metrópoles, *Direito à Cidade: plataforma global de mobilização social*, 2014, abrufbar unter http://www.observatoriodasmetrolopes.net/index.php?option=com_k2&view=item&id=1025%3Adireito-%C3%A0-cidade-plataforma-global-de-mobiliza%C3%A7%C3%A3o-social&Itemid=164 (letzter Abruf 19.8.2015).

7 Vgl. ONU, United Nations Conference on Human Settlements (Habitat II). The Habitat Agenda. Istanbul Declaration on Human Settlements, 1996, abrufbar unter <http://unhabitat.org/wp-content/uploads/2014/07/The-Habitat-Agenda-Istanbul-Declaration-on-Human-Settlements-20061.pdf> (letzter Abruf 19.8.2015).

zweihundert Organisationen der Zivilgesellschaft auf einer brasilianischen Konferenz und verabschiedeten die Charta des Rechts auf Stadt und Wohnen.⁸ Die Charta galt als wichtiges Dokument, um die städtische Frage zu politisieren und die nationalen und internationalen Agenden zu artikulieren.⁹

Um ihre gemeinsame Agenda zu erweitern, haben die mit der MNRU verbundenen Organisationen zudem begonnen, sich an globalen Foren zu städtischen Themen, besonders am Weltsozialforum¹⁰ und am World Urban Forum,¹¹ zu beteiligen. Seit dem Jahr 2001 wurde eine gemeinsame Plattform der sozialen Bewegungen aufgebaut, die zur Einführung der Weltcharta des Rechts auf Stadt im Jahr 2005 führte.¹² Diese Charta versteht sich als ein Instrument zur Verstärkung der entsprechenden Prozesse, Ansprüche und städtischen Kämpfe. Darüber hinaus zielt sie darauf ab, „alle Akteure zu mobilisieren, die diesem neuen Menschenrecht durch rechtliche Anerkennung, Implementierung, Regulierung und Praxis volle Kraft geben wollen“. Es ging um ein politisches Dokument, in dem das Recht auf Stadt als gerechter Nutzen der Städte angesichts der Prinzipien der Nachhaltigkeit, Demokratie und sozialen Gerechtigkeit bestimmt wurde.¹³

Die von der Zivilgesellschaft im Rahmen der parallelen Aktivitäten produzierten Dokumente widersprechen den abschließenden offiziellen Erklärungen der UN oder der Staaten nicht. Der Versuch eines Dialogs ist offensichtlich. Die Zivilgesellschaft strebt gegenüber den Regierungen und den internationalen Organisationen die Umsetzung der unterschriebenen Verträge an. Zugleich werden neue Agenden und Projekte dargestellt, um die Menschenrechte wirksam zu machen. Diese Strategie zielt darauf ab, die offizielle Anerkennung des Rechts auf Stadt von den Staaten und internationalen Organisationen zu erlangen. Daher hat die UN für das in Brasilien veranstaltete 5. World Urban Forum das Motto angenommen: „*The Right to the City: Bridging the Urban Divide*“.¹⁴

Der MNRU ist es auf der nationalen Ebene gelungen, diese breite Liste von Rechten unter dem Begriff des Rechts auf Stadt zu vereinen. 2001 wurde das Bundesgesetz Nr. 10.257, das sogenannte Stadtstatut, erlassen. In diesem Gesetz werden verschiedene rechtliche Instrumente bereitgestellt, die die demokratische Verwaltung der Städte, die

8 Vgl. Ana Clara Torres Ribeiro/Grazia de Grazia, O Processo da Habitat II: novos caminhos assumidos na politização do urbano, in: Anais do XX Encontro ANPOCS, abrufbar unter http://www.anpocs.org/portal/index.php?option=com_docman&task=doc_view&gid=5327&Itemid=361 (letzter Abruf 18.8.2015); Flávia de Paula Duque Brasil, Sociedade civil e reconstruções da agenda das políticas urbanas brasileiras dos anos 90, in: Anais do XII Congresso Brasileiro de Sociologia, Belo Horizonte (UFMG) 2005, abrufbar unter http://www.sbsociologia.com.br/portal/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=412&Itemid=171 (letzter Abruf 21.8.2015).

9 Ebd.

10 Das Weltsozialforum fand ab 2001 statt und wurde als Veranstaltung angesehen, die dem Davoser Weltwirtschaftsforum gegenübersteht. Dabei haben sich Organisationen gegen Globalisierung unter dem Motto „eine andere Welt ist möglich“, NROs und nationale und internationale Organisationen versammelt.

11 Das World Urban Forum fand ab 2002 statt und wurde durch das UN-Programm für menschliche Siedlungen (UN-Habitat) organisiert.

12 Nelson Saule Jr., Direito Urbanístico: vias jurídicas das políticas urbanas, Porto Alegre (SAFe) 2007, 30-31.

13 Vgl. Weltcharta des Rechts auf Stadt, abrufbar unter <http://www.urbanreinventors.net/3/wsf.pdf> (Version auf Englisch) (letzter Abruf 22.8.2015).

14 Ana Sugranyes/Charlotte Mathiavet, Cidades para todos: articulando capacidades sociais urbanas, in: Sugranyes/ Mathiavet (Fn. 2), 13-20 ff. (19).

gerechte Besteuerung des Eigentums, die Bekämpfung der städtischen Ungleichheiten und die Garantie des Rechts auf nachhaltige Städte zum Ziel haben.

Mit dem Wahlerfolg von Luís Inácio Lula da Silva als Präsident wurde 2003 das Bundesministerium der Städte gegründet. Das Ministerium war dafür zuständig, die öffentlichen Politiken für Wohnung, für Regularisierung des Landes, für Verkehr, Mobilität und sanitäre Einrichtungen zu koordinieren und zu finanzieren.¹⁵ Die Prioritäten wurden mithilfe eines zunehmenden partizipativen politischen Prozesses gesetzt, was bei den Nationalen Konferenzen der Städte (2003, 2005, 2007, 2010 und 2013) stattgefunden hat. Die Konferenzen wurden in lokalen, regionalen und nationalen Phasen organisiert. Außerdem spielte in diesem Kontext der Nationale Rat der Städte eine wichtige Rolle, der Regierungs-, Unternehmens-, Gewerkschafts-, NRO-Vertreter*innen, soziale Bewegungen und Wissenschaftler*innen umfasst.¹⁶

Diese Institutionalisierung führte zur Erweiterung der von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen zur Implementierung der rechtlichen Instrumente des Stadtstatutes, wobei die zwingende Überprüfung der städtischen Pläne besonders bemerkenswert ist. Die lokalen Regeln müssen den Bundesregeln entsprechen, damit die lokalen Regierungen Ressourcen der Bundesregierung erhalten können. Die Festlegung der städtischen Flächennutzung sollte gleichfalls mit zivilgesellschaftlicher Teilnahme – öffentlichen Anhörungen und gemischten Räten – durchgeführt werden.

Die öffentliche Debatte über die Anerkennung der Rechte in Bezug auf das Alltagsleben in der Stadt nahm sichtbar zu. Als Hauptdimension dieser Rechte wird das Recht auf Mitentscheidung über die Erzeugung des städtischen Raumes betrachtet. Dazu schreibt Friendly:¹⁷

„This formal incorporation of the right to the city into national law is unprecedented and unique, deriving from the concept of French sociologist Henri Lefebvre on the right to the city as a process and a struggle in the realm of every day life and, from the right to the city movement, as a right to participate in the production of urban space.“

Der formalen Anerkennung des Rechts auf Stadt widerspricht allerdings die offenbar ungleiche Realität brasilianischer Städte: In den reichen Vierteln besteht vollständiger Zugang zu Konsum und Dienstleistungen. In den armen Vierteln hingegen herrscht die Abwesenheit minimaler Bedingungen, wie z.B. Zugang zu Verkehrsmöglichkeiten. Die Mehrheit der Bevölkerung bleibt wegen ihrer sozialen, kulturellen und ethnischen Merkmale sowie ihres Geschlechts und Alters von der Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse ausgeschlossen. Zwar gibt es im brasilianischen Rechtssystem bereits viele Rechte und Prinzipien, die darauf abzielen, das Recht auf Stadt zu schützen. Den Institutionen fehlen

15 Vgl. Nabil Bonduki, *Avanços, limitações e desafios da política habitacional do Governo Lula: direito à habitação em oposição ao direito à cidade*, in: Edésio Fernandes/Betânia Alfonsin (Hrsg.), *Direito à moradia adequada: o que é, para quem serve, como defender e efetivar*, Belo Horizonte (Fórum) 2014, 293-317 ff.

16 Vgl. Brasil. Ministério das Cidades, Conselho Nacional das Cidades. 5ª Conferência Nacional das Cidades, 2013, abrufbar unter <http://app.cidades.gov.br/5conferencia/conselho-das-cidades/o-conselho.html> (letzter Abruf 19.8.2015).

17 Abigail Friendly, *The Right to the City: Theory and Practice in Brazil*, in: *Planning Theory & Practice* 14/2 (2013), 158-179 ff., 158, abrufbar unter <http://dx.doi.org/10.1080/14649357.2013.783098> (letzter Abruf 13.4.2014).

jedoch die notwendigen oder geeigneten Mittel, um die rechtlichen Richtlinien in konkreter Politik durchzusetzen.¹⁸

Diese Ungleichheit erzeugt wiederum neue Formen politischer Organisation. Als Folge wurde das Recht auf Stadt von neuen Akteuren, die begonnen haben, sich an den städtischen Kämpfen zu beteiligen, strategisch angewendet. Ihr Anspruch war sowohl die Implementierung des Stadtstatutes als auch das Recht auf Stadt. Somit war dies eine Strategie, um die verschiedenen Agenden in ihren fragmentierten Ausdrucksformen zu vereinheitlichen. Dieses neue strategische Narrativ wurde von politischen Gruppen – besonders den linksorientierten, von Akademiker*innen gegründeten Gruppen oder NROs und sozialen Bewegungen – verinnerlicht.

In der Folge griffen verschiedene Akteure das Recht auf Stadt auf. Der Begriff trägt dabei in Bezug auf die spezifische Realität unterschiedliche Bedeutungen, die auch auf das Werk Lefebvres hinweisen, es aber nicht unmittelbar anwenden, sondern es adaptieren:

„It is important to point out that the more utopian view of the right to the city as conceived by Lefebvre – as a revolution in the sphere of everyday life – is somewhat different from its use by the social movements, including those in Brazil.“¹⁹

2. Die rechtlichen Instrumente zur Effektivität der Rechte auf Wohnen und auf Stadt

Wie oben dargelegt wurde, hat das Recht auf Stadt auf der institutionellen und rechtlichen Ebene im Kapitel über die städtische Politik in der Verfassung 1988 und im Stadtstatut 2001 Anerkennung gefunden. Diese Normen stellen einen rechtlichen Anknüpfungspunkt dar, um städtische Probleme zu bekämpfen, besonders diejenigen, die sich auf das Fehlen von Infrastruktur, bspw. sanitärer Einrichtungen, oder auf „irreguläre Wohnung“ beziehen.

Die Gründung neuer Regierungsinstitutionen und die Ausweitung öffentlicher Finanzierungsmittel haben es seither ermöglicht, innovative Stadtplanungspolitiken mithilfe der Instrumente des Stadtstatuts durchzuführen.²⁰ Die Anwendung dieser rechtlichen Instrumente setzte jedoch ein von den lokalen Parlamenten verabschiedetes Stadtplanungsgesetz voraus.

Die Stadtplanung ist das Hauptinstrument der städtischen Politik in dieser neuen Rechtsordnung. In vier Fällen ist das Stadtplanungsgesetz zwingend: in Städten mit mehr als zwanzigtausend Einwohnern, in Metropolregionen, in städtischen Ballungsgebieten oder in touristischen Städten. Außerdem soll der Plan alle zehn Jahre überprüft werden. Die Partizipation der Bevölkerung ist während des gesamten Gesetzgebungsverfahrens, vom Konzept bis zur Implementierung, vorgesehen und ist Voraussetzung für die Gültigkeit der erlassenen Stadtplanung.²¹ Neben den partizipativen Planungsinstrumenten sind auch Instrumente zur demokratischen Verwaltung der Stadt vorgesehen. Besonders

18 Vgl. Márcio Moraes Valença, Anotações críticas da política habitacional brasileira, in: Edésio Fernandes/Betânia Alfonsin (Hrsg.) (Fn. 15).

19 Friendly (Fn. 17), 159.

20 Vgl. Bonduki (Fn. 15).

21 Maria Etelvina B. Guimaraens, A participação na revisão dos Planos Diretores. Coleção Cadernos da Cidade, nr. 17. CIDADE – Centro de Assessoria e Estudos Urbanos. Jan. 2010.

wichtig sind die Konferenzen, die Gemeinderäte mit Beteiligung der Zivilgesellschaft und die öffentlichen Anhörungen. Dieses Ensemble von Mechanismen fördert die Debatte über städtische Projekte und führt dazu, dass die lokalen Regierungen und ihre Verwaltung der Gesellschaft Rechenschaft über ihre Initiativen ablegen müssen. Dabei „werden die soziale und kulturelle Realität in der Erstellung der Regeln, Instrumente und des Verfahrens, die darauf abzielen, das Recht auf Stadt wirksam zu machen, institutionell anerkannt.“²²

Besonders wichtig sind auch die Instrumente, die Immobilienspekulation bekämpfen, oder diejenigen, die auf der Distinktion zwischen Eigentumsrecht und Baurecht basieren. Diese ermöglichen den Ausgleich der städtischen Aufwertung durch Besteuerung des Baurechts. Darüber hinaus wurden die Regularisierung und die Urbanisierung informeller Siedlungen als Priorität zur Gewährleistung des Rechts auf Stadt gesetzt. In diesem Zusammenhang wurden einige erfolgreiche lokale Erfahrungen anerkannt und in Bundesgesetze übersetzt.²³ Die Mehrheit der Instrumente kann gleichermaßen gegenüber öffentlichen oder privaten Immobilien durchgesetzt werden. Dabei wird der auf Wohnen ausgerichtete Besitz bevorzugt, mit dem Ziel, dass Besetzer*innen dauerhaft bleiben können und dazu der Besitz reguliert wird.

Diese Instrumente bedeuten im brasilianischen Kontext eine echte Veränderung, indem die Bevölkerung, die in informellen Siedlungen wohnt, mit ihren sozialen und territorialen Organisationsformen nicht geräumt wird. Das Recht auf Wohnung, das durch die Regularisierung wirksam wird, gilt als Beispiel einer Dimension des Rechts auf Stadt. Dies versteht sich als Erzeugung des städtischen Raums, weil in den besetzten Gebiete die öffentlichen Leistungen zur Verfügung stehen und hierdurch der Zugang zur Stadt möglich ist.

Bedauerlicherweise genügt die Ausübung dieser Rechte jedoch nicht, um einen Wandel angesichts der Ungleichheiten in der Stadt zu schaffen. Daher wurden 2009 neue Mechanismen zu dem Ensemble der Regularisierungsinstrumente hinzugefügt. Mit dem Ziel, den faktischen Bestand der städtischen Siedlungen anzuerkennen und somit das Recht auf Stadt zu gewährleisten, wurden diese neuen Instrumente im Verwaltungsbereich umgesetzt.

Ab 2007 stiegen aufgrund des in prekären Siedlungen (*favelas*) durchgeführten Urbanisierungsprogramms die Investitionen für Infrastruktur und sanitäre Bauarbeiten erheblich an. Dennoch gelang es nicht, neue, auf Wohnen gezielte Besetzungen zu vermeiden. Vielmehr wurde deutlich, dass, wenngleich die Regularisierungsinstrumente als legitime Produktionsweise des städtischen Raums Anerkennung finden, zusätzliche Modelle notwendig sind, um dem Wohnungsmangel (ungefähr 5,6 Millionen Wohnungen)²⁴ entgegenzutreten.

22 Nelson Saule Jr., *Novas Perspectivas do Direito Urbanístico Brasileiro. Ordenamento Constitucional da Política Urbana. Aplicação e Eficácia do Plano Diretor*, Porto Alegre (Fabris), 1997, 42.

23 Vgl. Betânia Alfonsin, *Direito à moradia: instrumentos e experiências de regularização fundiária nas cidades brasileiras*, Rio de Janeiro (Ippur/UFRJ) 1997; Edésio Fernandes/Betânia Alfonsin, *A lei e a ilegalidade na produção do espaço urbano*, Belo Horizonte (Del Rey) 2003; *Direito à moradia e segurança da posse no Estatuto da Cidade: Diretrizes, Instrumentos e Processos de Gestão*. Belo Horizonte (Fórum) 2006.

24 Der brasilianische Wohnungsmangel wurde 2012 auf 5,24 Millionen Wohneinheiten (8,32 % der Gesamtheit aller Wohnungen) geschätzt. Vgl. IPEA. *Nota Técnica nº 5: Estimativas do Déficit Habitacional brasileiro* (PNAD 2007-2012). Brasília, Nov. 2013, abrufbar unter <http://www.ipea.gov.br>.

Auf der politischen Ebene wurde daher der Nationale Wohnungsplan erlassen, in dem verschiedene Dimensionen der städtischen Problematik behandelt wurden und der den partizipativen Entscheidungsprozess in allen Bundesländern und Städten bevorzugt.²⁵ Der Nationale Wohnungsplan wurde aber aufgegeben, weil er keine erheblichen Auswirkungen erzeugte. Um der sich 2008 entwickelnden internationalen Finanzkrise²⁶ entgegenzuwirken, leitete die Bundesregierung u.a. die öffentliche Finanzierung des Baus von mindestens einer Million neuer Häuser bis 2010 ein. So entstand das Programm „Mein Haus, mein Leben“ (*Minha Casa, Minha Vida* – MCMV).²⁷

Das Programmkonzept basiert auf der Zusammenarbeit zwischen dem privaten Bau-sektor und der Regierung, wobei das Hauptziel darin besteht, schnell und günstig Wohnungen für die subalternen Schichten zu bauen, um den Wohnungsmangel zu bekämpfen. Allerdings werden die Wohnungen hauptsächlich in den Peripherien der Städte gebaut, wo es keine oder nur prekäre städtische Infrastruktur, öffentliche Dienstleistungen oder Nahverkehrsnetze gibt. Zentrale und besser urbanisierte Lagen werden normalerweise nicht ausgewählt. Der Wert jeder Wohneinheit wird von der Bundesregierung bestimmt, doch sind es dann die Unternehmer, die die Entscheidung über den Wohnungsbau nach dem Marktwert des Grundstücks und dem künftigen Verkaufspreis treffen.

Damit trägt das Programm zu einem altbekannten Phänomen der brasilianischen Urbanisierung bei: Das Stadtgebiet wird permanent ausgeweitet, begleitet von den entsprechenden öffentlichen Investitionen zur Urbanisierung. Die Aufwertung der Immobilien und Gebiete wird dagegen von privaten Unternehmern abgeschöpft. Die Investition in Urbanisierungsgrundstücke ist eine Operation mit garantiertem Profit und versorgt so die Spekulation.²⁸

Das MCMV-Programm wurde von Beginn an erheblich kritisiert, da sein Wohnungsproduktionsmodell nicht mit den Instrumenten und Richtlinien des Stadtstatutes abgestimmt ist und weil es die verwurzelte sozio-territoriale Segregation in brasilianischen Städten verschärft.²⁹ Allerdings wurden punktuelle Gegeninitiativen ergriffen, um dieses Problem zu verringern; Beispiele dafür sind etwa die Einbeziehung zentral gelegener und öffentlicher Grundstücke in das MCMV, die Demarkation von Zonen speziellen Interesses bei leer stehenden Gebäuden (bei denen die Errichtung von Wohnungen erlaubt wird) oder die Finanzierungsmöglichkeiten des MCMV für gemeinnützige Organisationen, in der Regel in Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen, wodurch sie selbst die Bauarbeiten planen können.

br/portal/images/stories/PDFs/nota_tecnica/131125_notatecnicadirur05.pdf (letzter Abruf 10.4.2015).

25 Vgl. Bonduki (Fn. 15).

26 Vgl. André Singer, *Os sentidos do Lulismo: reforma gradual e pacto conservador*, São Paulo (Companhia das Letras) 2012.

27 Das MCMV-Programm hat 2,33 Millionen Wohneinheiten bis Juli 2015 geschaffen. Vgl. Caixa Econômica Federal, *Números do Programa Minha Casa, Minha Vida*, abrufbar unter <http://mcmv.caixa.gov.br/numeros> (letzter Abruf 20.8.2015).

28 Milton Santos, *A urbanização brasileira*, 5. ed. São Paulo (Edusp) 2005, 107.

29 Raquel Rolnik/Kazuo Nakano, *As armadilhas do pacote habitacional*, in: *Le Monde Diplomatique Brasil*, São Paulo, Mar. 2009. 4-5 ff.; Ermínia Maricato, *O “Minha Casa” é um avanço, mas segregação urbana fica intocada*, in: *Agência Carta Maior*, Mai. 2009. abrufbar unter <http://cartamaior.com.br/?/Editoria/Politica/O-Minha-Casa-e-um-avanco-mas-segregacao-urbana-fica-intocada/4/15160> (letzter Abruf 20.8.2015).

Unten den zahlreichen Forschungsprojekten zur Wohnungspolitik und städtischen Planung, die sowohl an Universitäten als auch mit öffentlicher Finanzierung durchgeführt werden, ist insbesondere die zwischen 2013 und 2014 durchgeführte Studie über das MCMV-Programm hervorzuheben. Diese Studie weist in der Bewertung der Programmergebnisse darauf hin, dass das Wohnungspolitiksszenario durch verschiedene Ambiguitäten gekennzeichnet ist. Einerseits stellen die Wissenschaftler*innen fest, dass das Programm:

„einen wichtigen Bruch in Bezug auf die ehemalige Praxis dargestellt hat, weil es die Wohnungsfrage ins Zentrum der Regierungsagenda gestellt hat und auch wegen seiner großen Investitionen, Subventionen und seines Interventionsvolumens. Dabei ermöglichte es, dass die benachteiligten Schichten, die historisch davon ausgeschlossen blieben, von der Finanzierung zum Erwerb eines eigenen Hauses profitieren können, um Zugang zu Wohnungen zu schaffen.“³⁰

Andererseits konstatiert der Bericht, dass das Programm:

„zunächst die Interessen des privaten Sektors ohne den erforderlichen Einbezug einer Stadt- und Bodennutzungspolitik, die ihm Unterstützung anbietet, besonders berücksichtigt; die Erhöhung der Immobilienpreise in der Stadt als Effekt seines eigenen Erfolgs fördert; zudem erheblich problematischen Wohnungsbau erzeugt, womit das Risiko einhergeht, dass mit dem beschleunigten Rhythmus der Implementierung [des Programms] die soziale Ghettobildung und Segregation kristallisiert werden.“³¹

Mit dem Ziel, neue Strategien für eine inklusive städtische Entwicklung zu entfalten, organisierte das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (Forschungsorgan der Bundesregierung) im August 2015 die Konferenz „Recht auf Stadt, Theorie und Praxis“, die Wissenschaftler*innen, soziale Bewegungen und öffentliche Verwaltungen zusammenbrachte.³² Die dort präsentierten vielfältigen Forschungsvorhaben verdeutlichten, dass die städtischen Transformationen, die im Rahmen des Stadtstatutes, der Stadtplanung oder der rechtlichen Instrumente gewünscht waren, nicht erfolgt sind. Mit Ausnahme einiger lokaler und punktueller Erfahrungen war es nicht möglich, die dominanten Urbanisierungsprozesse umzukehren. Während das Recht auf Stadt und auf Wohnung institutionell anerkannt wurde, haben die hegemonialen Gruppen ihre Strategien adaptiert, um von der aktuellen Form der Stadtverteilung und der rechtlichen Behandlung des städtischen Eigentums weiterhin zu profitieren.

3. Neue städtische Ansprüche und das Recht auf Stadt

In Brasilien fand seit dem Beginn der 2000er Jahre eine erhebliche Wirtschafts- und Sozialentwicklung statt. Laut Pochmann ließ sich ein Einkommenszuwachs pro Kopf, eine

30 Caio Santo Amore/Lúcia Zanin Shimbo/Maria Beatriz Cruz Rufino, *Minha casa... e a cidade? Avaliação do programa minha casa minha vida em seis estados brasileiros*, Rio de Janeiro (Letra Capital) 2015, 147 (Übersetzung C.V.).

31 Ebd., 419 (Übersetzung C.V.).

32 Vgl. IPEA, *Seminário aborda problemas atuais das cidades*, abrufbar unter http://www.ipea.gov.br/portal/index.php?option=com_content&view=article&id=25880&catid=8&Itemid=6 (letzter Abruf 13.9.2015).

Verringerung der Ungleichheit der Arbeitseinkommensverteilung und eine Abnahme der Arbeitslosigkeit sowie ein Anstieg der formalen Beschäftigung beobachten.³³ Es handelte es sich um eine Periode intensiver territorialer Transformation, geprägt von der Ausweitung der Landwirtschaft und des Rohstoffexports sowie von gestiegenen Investitionen in Energieproduktion und Infrastruktur. Es ging sowohl um zunehmende öffentliche Investitionen in Wohnungsbau als auch um Steuerbefreiungen für die Industrie und die Erweiterung der Kredite dadurch, dass der Binnenmarkt durch Massenkonsum finanziert wurde. Diese ökonomische Strategie ermöglichte die Mobilität der sozialen Schichten in einer Form wie noch nicht in der Geschichte Brasiliens gesehen, die ebenfalls neue territoriale Konflikte verursachte.

Die Verschärfung sozio-territorialer Konflikte in diesem Kontext wurde nicht von Mechanismen begleitet, die in der Lage wären, sie rechtlich oder politisch zu beantworten. Dies hat die praktische Grenze der bestehenden demokratischen Verwaltungsmechanismen noch stärker verdeutlicht. Der zunehmende Zugang zu neuen Kommunikationstechnologien ermöglichte es demgegenüber, die sozialen Netzwerke als Plattform für Diskussionen, Entscheidungen, Aufrufe und Sichtbarmachung der städtischen Konflikte und der Forderungen verschiedener sozialer Gruppen zu nutzen.

Demzufolge finden in brasilianischen Städten Demonstrationen statt, die Rechte fordern und von vielfältigen Akteuren betrieben werden.³⁴ Diese Akteure stehen für ein diffuseres Organisationsmodell als das der traditionellen Demonstrationen der sozialen Bewegungen. Hierbei sind insbesondere die Volkskomitees der Fußball-WM (3.1), die Demonstrationen vom Juni 2013 (3.2), die Bewegung Besetzt „Estelita“ (3.3) und die „rolezinhos“ in brasilianischen Einkaufszentren (3.4) aufzuzählen. Solche Entwicklungen sind Ausdruck der städtischen Kämpfe dieser Zeit und teilen die Perspektive des Rechts auf Stadt als Recht auf Leben, Nutzen und das gemeinsame Produzieren des Stadtraums.

3.1 Die Volkskomitees der Fußball-WM (Comitês Populares da Copa)

Mit der Ankündigung der Fußballweltmeisterschaft 2014 in Brasilien begann eine Reihe städtischer Konflikte wegen der Spiele. Im Mai 2009 gab die FIFA die zwölf Städte bekannt,³⁵ in denen Stadien gebaut werden sollten. Es sollten Legislativ-, Finanz- und Verwaltungsmaßnahmen ergriffen werden, damit all diese Städte über die von der FIFA geforderten notwendigen Voraussetzungen verfügen, um die Spiele zu eröffnen. Dies bedeutete insbesondere die Renovierung oder den Bau neuer Stadien sowie Infrastrukturbauarbeiten an Flughäfen und Autobahnen, um die Ankunft der Beteiligten und Besucher*innen zu ermöglichen. Die Maßnahmen wurden ungeachtet der öffentlichen Debatte und des vorgesehenen gesetzlichen Verfahrens umgesetzt, weil die Priorität darin be-

33 Márcio Pochmann, *Nova Classe Média? O trabalho na base da pirâmide social brasileira*, São Paulo (Boitempo) 2012.

34 In Brasilien finden andere Demonstrationen mindestens seit 2009 statt, die ebenfalls im Rahmen der Erweiterung der Kämpfe um Rechte betrieben werden. Sie stellen aber keine Fragen nach territorialer Segregation der Stadt und wenden gleichfalls nicht das mit den Ansprüchen auf Recht auf Stadt verbundene diskursive Repertoire an. Beispiele davon sind die Lesben- und Schwulenparade (seit 1990), der Marihuana-Marsch (seit 2009) und der „Slut Walk“ (seit 2011 - engl. für „Schlampeparade“).

35 Die zwölf Städte sind Belo Horizonte, Brasília, Cuiabá, Curitiba, Fortaleza, Manaus, Natal, Porto Alegre, Recife, Rio de Janeiro, Salvador und São Paulo gewesen.

stand, die Bauarbeiten vor der WM abzuschließen. Eine solche Form der öffentlichen Verwaltung hat die Konflikte über den städtischen Raum verschärft und neue begründet, insofern die Infrastrukturbauarbeiten darin mündeten, dass tausende Familien geräumt wurden und städtische Gemeinschaften umgesiedelt werden sollten.

Mit dem Ziel, die Menschenrechtsverletzungen und die Räumung der subalternen Gruppen aus den zentralen Gebieten der Stadt zu skandalisieren, wurden bereits ab 2010 die Volkskomitees der Fußball-WM gegründet. Die Aktivitäten dieser Komitees zielten besonders darauf ab, Informationen über Menschenrechtsverletzungen zu verbreiten und Mobilisation zu organisieren, was in vielen Fällen dazu geführt hat, Räumungen zu vermeiden.³⁶ Der akademische Sektor beteiligte sich ebenfalls an dieser Artikulation, unter anderem durch die Veröffentlichung eines Dossiers mit zahlreichen Informationen über die WM und ihre sozialen Auswirkungen: das Dossier über Mega-Events und Menschenrechtsverletzungen in Brasilien.³⁷

Der Mobilisierungsprozess und die Informationsangebote haben eine entscheidende Rolle dabei gespielt, öffentlich zu machen, dass die für WM-Bauarbeiten verwendeten Ressourcen in anderen Gebieten genutzt werden könnten, z.B. um die Universalisierung der öffentlichen Politiken für Gesundheit, Ausbildung und Verkehr zu gewährleisten. Daher begannen im Mai und Juni 2013 zunehmende soziale Proteste. Dabei ging es um die Revolution einer Generation, in der die Jugend in einer demokratischen Umwelt aufwuchs und breiten Zugang zu Informationen hatte; indem sie sich organisierte, mussten ihre Forderungen nach Rechten und Teilnahme an politischen Entscheidungen ernst genommen werden.³⁸

3.2 Die Demonstrationen vom Juni 2013

Die Protestwelle, die Brasilien 2013 erschütterte, begann mit Demonstrationen gegen die Verteuerung städtischer Busticketpreise und wurde von Bewegungen, die sich mit der öffentlichen Verkehrsfrage beschäftigen, organisiert, besonders von der „Freifahrt-Bewegung“ (*Movimento Passe Livre – MPL*). Die Demonstrationen der Jugend verfolgten zwei Mottos: Erstens „es geht nicht nur um 20 Cent“ (*não é pelos 20 centavos*), was sich auf die Verkehrspreissteigerung bezieht, aber eben nicht nur. Und zweitens ging es um die Ansprüche auf ein Gesundheits- und Ausbildungssystem nach „FIFA-Muster“ (*padrão FIFA*), d.h. in gleicher Qualität wie die damals noch nicht gebauten Stadien. Das war allerdings nur der Ausgangspunkt. Die Demonstrationen breiteten sich in Städten, hauptsächlich in Rio de Janeiro und São Paulo, als Reaktion der Jugend gegen gewalttätige Polizeikontrollen bei den Protesten aus.

Wie andere städtische Bewegungen verzichtete die MPL auf individuelle politische Führer und betonte in öffentlichen Debatten ihren kollektiven Charakter und eine politisch-autonome Organisationsform. Das Recht auf Stadt gilt als Grundprinzip ihres Ak-

36 Beispiele dafür sind: Comunidade do trilho (Fortaleza), Vila Autódromo e Comunidade do Porto (Rio de Janeiro), Morro Santa Teresa (Porto Alegre).

37 Vgl. ANCOP, Dossiê da Articulação Nacional dos Comitês Populares da Copa. Megaeventos e Violações de Direitos Humanos no Brasil. 2ª ed., abrufbar unter https://comitepopulario.files.wordpress.com/2012/06/dossie_megaeventos_violacoesdireitos2012.pdf (letzter Abruf 14.9.2015).

38 João Sette Whitaker Ferreira, Um teatro milionário, in: Andrew Jennings, Brasil em Jogo: o que fica da Copa e das Olimpíadas?, São Paulo (Boitempo) 2014.

tivismus, und da ihr Kampf um kostenlosen Verkehr ein Kampf um Recht auf Stadt ist, ist sie stark mit Besetzungs-, Wohnungs- und „Favelas-Bewegungen“ verknüpft, das heißt autonom, aber kollektiv organisiert.³⁹ Laut einer MPL-Aussage: „Bei der dezentralisierten Organisation des Kampfs geht es um einen Versuch einer anderen Verkehrs-, Stadt- und der gesamten Gesellschaftsorganisation“.⁴⁰

Eine ungewöhnliche Koalition zwischen Rechtsparteien der Opposition,⁴¹ den großen Medienunternehmen und einem konservativen Gesellschaftssegment, das in sozialen Netzwerken mobilisiert wurde, versuchte – in Städten wie São Paulo mit Erfolg –, die ursprünglich linksorientierten Demonstrationen in gegen Korruption und Politik gerichtete Mittelschichtenproteste umzuwandeln. Dies führte dazu, dass linksorientierte Personen in Parteien und sozialen Bewegungen aus den Protesten ausgeschlossen wurden.⁴²

Dennoch hat die Vielfältigkeit politischer Referenzen und Organisationen, die sich an den Demonstrationen beteiligten, die „Kämpfe auf der Straße“ und die politische und theoretische Debatte darüber in Brasilien erneuert. Beispiele dafür sind die Polemik über den „Schwarzen Block“⁴³ oder die Verbreitung der horizontalen Kommunikationsstrategien durch Fotos, Videos und Berichte hauptsächlich im Internet. Eine Bewertung der Demonstrationen vom Juni 2013 im Hinblick auf ihre Bedeutung und Folgen steht noch aus, aber eine mögliche Erklärung wäre, dass sie zu den gegenwärtigen politischen Phänomenen wie Arabischer Frühling, 15M in Spanien oder Occupy-Bewegung zählen, was darauf hinweist, dass es um ein breiteres politisches Phänomen geht.

3.3 „Ocupe Estelita“: Die Stadt gehört uns, besetzt sie!

Die soziale und kulturelle Bewegung „Ocupe Estelita“ entstand in der brasilianischen Stadt Recife, beeinflusst von der Besetzung öffentlicher Räume in Europa hinsichtlich des Anspruchs auf reale Demokratie. Die Bewegung stellt die Privatisierung des Gebietes eines alten Kais (Cais José Estelita) mit dem Zweck des Wohnungsbaus in Frage, weil das Projekt ohne öffentliche Diskussion oder Teilnahme der Bevölkerung entworfen wurde und die Erstellung eines solchen Vorhabens große Umwelt-, Landschafts-, Geschichts- und Architekturauswirkungen verursachen würde.

39 Laut MPL: „Wenn wir über Recht auf Stadt sprechen, denken wir nicht nur an der Möglichkeit des Zugangs zu allen schon genannten Vorteilen des Lebens in der Stadt. Wir sprechen auch über die Gelegenheiten, dass die Personen die Stadt als etwas sehen, das von ihr gehört, und daher politische wirken, sie zu transformieren“. MPL São Paulo, Mobilidade urbana como um problema“, abrufbar unter <http://saopaulo.mpl.org.br/2014/01/14/mobilidade-urbana-como-um-problema/> (letzter Abruf 20.11.2015).

40 Vgl. MPL, Não começou em Salvador, não vai terminar em São Paulo, in: Ermínia Maricato et alli, Cidades Rebeldes. Passe Livre e as manifestações que tomaram as ruas do Brasil, São Paulo (Boitempo), 2013, 13–18.

41 Der Bundesregierung der Arbeiterpartei (PT) gegenüber.

42 Vgl. Sakamoto Leonardo, Em São Paulo, o Facebook e o Twitter foram às ruas. in: Ermínia Maricato et alli (Fn. 40), 95–100 ff.; Lincoln Secco, As Jornadas de Junho, in: Ermínia Maricato et alli. (Fn. 40), 71–78 ff.

43 Der „Schwarze Block“ ist wie in Deutschland eine Taktik von Gruppierungen, die Flaggen und schwarze Kleidung mit anarchistischen Symbolen tragen und sich verummnen. Damals waren sie an gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei während der und nach den Demonstrationen beteiligt und beschädigten Gebäude von Banken, Geschäfte und Autos.

Schon ab 2012 fanden am José-Estelita-Kai zunehmende kulturelle Interventionen statt. Seitdem hat die Bewegung ihre politische Agenda erweitert und sich für eine Besetzung des Raums entschieden. Bei der gewaltsamen Räumung wurden zehn Menschen verletzt. In der Folge entwickelte sich die Agenda der Bewegung weiter und richtete sich auf die Verteidigung des Rechts auf Stadt „gegen die mit dem Immobilienmarkt verbundenen staatlichen Interventionen, die Menschenrechte verletzen“.⁴⁴

Die strategische Besetzung öffentlicher Gebiete, die ohne soziale Teilnahme verkauft und für den Bau großer privater Vorhaben verwendet wurden, hat sich auf andere Städte ausgeweitet, wie im Fall des Kais (Cais Mauá) in Porto Alegre, Südbrasilien. Dabei geht es um eine kulturelle Bewegung, die den Raum besetzt und Debatten geführt hat, und zwar mit dem Ziel, das genehmigte Privatisierungsprojekt zur Neubelebung des Kais zu verhindern. Die Bewegung verteidigt das Recht auf Stadt, auf historisches Erbe, das Recht auf Wasser, auf das Flussufer, auf den Sonnenaufgang, das Recht auf Partizipation und Entscheidung über die Zukunft der Stadt und stellt sich auch der Privatisierung öffentlicher Räume entgegen.⁴⁵

3.4 Die „rolezinhos“ der Jugendlichen aus der Peripherie in brasilianischen Einkaufszentren

Ende 2013 entstand ein neues Phänomen in Brasilien, dem es gelang, die brasilianische Ungleichheit in einem normalerweise elitistischen Raum deutlich zu machen. Die Jugendlichen, die in der Peripherie der großen südostbrasilianischen Städte São Paulo, Rio de Janeiro und Espírito Santo wohnten, begannen mithilfe des Internets zu sogenannten „rolezinhos-Treffen“⁴⁶ in großen Einkaufszentren aufzurufen. Bei solchen Treffen sollte

44 Pedro César Josephi, O que a luta pelo direito à cidade tem a ver com o Ocupe Estelita?, in: Direitos Urbanos – Recife, abrufbar unter <https://direitosurbanos.wordpress.com/2014/05/27/o-que-a-luta-pelo-direito-a-cidade-tem-a-ver-com-o-ocupe-estelita/> (letzter Abruf 14.9.2015).

45 Facebook, Ocupe Estelita e Ocupa Cais Mauá juntos no Segunda Seca - Largo da Epatur. 8/09/2014, abrufbar unter <https://www.facebook.com/events/656012117846479/permalink/657674044346953> (letzter Abruf 19.9.2015).

46 Übersetzungsnote: Das Wort „rolezinho“ wird nicht übersetzt, da es um einen spezifischen umgangssprachlichen Ausdruck geht. Es bezieht sich auf den Ausdruck „dar um rolé“, was bedeutet „spazieren gehen, Spaß haben“, und wird oft in peripherischen Gebiete der Städten wie Rio de Janeiro und São Paulo verwendet. Laut eines Radioberichts über das Thema: "They [the rolezinhos] began as a way for young people from Brazil's new middle class to leave their low-income communities and hang out. But they're slowly turning into a battle over participation and social space. (...) The gathering was relatively peaceful, though it was definitely loud and animated. There were rumors of thefts and assaults at the event, so mall owners moved to quash the phenomenon. (...) The rolezinhos – and reactions to them – have sparked a heated conversation in Brazil about race, class and social change." Vgl.: "For Brazil's new middle class, 'little strolls' are becoming a protest movement." PRI's The World 12 Feb. 2014. Academic OneFile. Web, aufrufbar unter <http://go.galegroup.com/ps/i.do?id=GALE%7CA359209877&v=2.1&u=capes&it=r&p=&sw=w&asid=ed123b409b4b97493a4a1d91995dec67> (letzter Abruf 1.12.2015).

Musik gehört werden (normalerweise brasilianischer Funk),⁴⁷ neue Menschen sollten sich kennenlernen und Beziehungen eingehen.⁴⁸

Die Veranstaltungen wurden schnellstmöglich von den Eigentümern der Einkaufszentren verboten, weil sich dabei Hunderte armer, junger und mehrheitlich schwarzer Menschen versammelten. In einigen Fällen wurde die Polizei gerufen, um die Personen entsprechend ihres körperlichen Aussehens zu entfernen, was die schon bekannte Stigmatisierung brasilianischer Peripherien nur wieder reproduzierte. Die Rechtsprechung stellte sich auf die Seite der Eigentümer des Einkaufszentrums und erlaubte das Polizeiverfahren. Diese rechtliche Antwort führte dazu, dass das Phänomen noch deutlicher politisch und sozial betrachtet und die soziale und territoriale Segregation der brasilianischen Gesellschaft offensichtlich gemacht wurde.⁴⁹

Die starke Ausbreitung von Einkaufszentren – mit „Multiplexkino“, Geschäften und Ketten-Imbisstuben – stellt nach Harvey⁵⁰ eine postmoderne Tendenz dar, die die Formation von Marktnischen, Konsumverbrauch und kulturellem Ausdruck mit sich bringt. Diese Tendenz verschleiert die städtische Erfahrung unter einer Aura der Entscheidungsfreiheit. Der Zugang zu privilegierten Räumen der Städte wird trotzdem nur für diejenigen gewährleistet, die über Geld und soziale Anerkennung verfügen.

Die „rolezinhos“ der Jugendlichen verweisen auf die Ausübung des Rechts auf Stadt sowohl in Form der Praxis der Produktion des städtischen Raums als auch als Widerstand gegen die Marktlogik, die die Raumplanung in der Stadt bestimmt. Einige Autoren behaupten, dass das Phänomen von „rolezinhos“ eine soziale Affirmation durch realen oder gewünschten Konsum betrifft. Da der Konsum aber nicht allen zugänglich ist, lässt sich selbst das moderne Ideal von Öffentlichkeit in Frage stellen. Tatsache ist es demgemäß, dass die „rolezinhos“, die ursprünglich ohne politischen Charakter veranstaltet wurden, eine neue politische Bedeutung übernommen haben, weil es sich dabei um eine konkrete Praxis sozialer Fragestellung handelt.

4. Fazit

Die Idee des Rechts auf Stadt in Brasilien ist in den letzten Jahrzehnten strukturell mit der Idee des Zugangs zum städtischen Raum verbunden, die darauf abzielte, das Recht auf Stadt zu gewährleisten. Die Strategie sozialer Bewegungen, Rechte zu erweitern und

47 Übersetzungsnote: Bei Funk geht es um eine üblicherweise in der Peripherie Brasiliens gespielte Musik. In der Funk-Musik wird über die Realität der armen Bevölkerung Brasiliens, ihre Ansprüche, Formen politischer Organisation gesungen. Häufig beinhalten die Texte eine stark sexuelle oder gewalttätige Konnotation, manchmal nur ein Abbild des guten Lebens der reichen Schichten, das allen nicht zugänglich ist.

48 Tania Vale, Mais „rolezinhos“ pelo direito à cidade e contra a criminalização da juventude da periferia, 8.2.2014, abrufbar unter <http://www.diarioliberalidade.org/brasil/repressom-e-direitos-humanos/45739-vamos-construir-mais-%E2%80%9Crolezinhos%E2%80%9D-na-luta-pelo-direito-%C3%A0-cidade-e-contra-a-criminaliza%C3%A7%C3%A3o-da-juventude-da-periferia.html> (letzter Abruf 14.9.2015).

49 Pablo Ortellado, O que os rolezinhos dizem sobre o direito à cidade?, 17.1.2014, abrufbar unter <http://portal.aprendiz.uol.com.br/arquivo/2014/01/17/o-que-os-rolezinhos-dizem-sobre-o-direito-o-a-cidade/> (letzter Abruf 14.9.2015).

50 David Harvey, The Right to the City, Jul. 2013, abrufbar unter <http://davidharvey.org/media/righttothecity.pdf> (letzter Abruf 14.9.2015).

öffentliche Politiken zu schaffen, wurde besonders in Bezug auf die rechtliche Anerkennung und Anwendung neuer Instrumente der städtischen Politik für teilweise erfolgreich gehalten.

Das Recht auf Stadt bietet die Möglichkeit einer anderen Praxis und eines anderen Erlebens, die in der Lage sind, die traditionellen Nutzungen eines bestimmten öffentlichen Raums zu verändern oder zu unterwandern. Dies lässt sich bei den „rolezinhos“ in den Einkaufszentren oder bei den neuen kulturellen Aktivitäten sehen, die bezwecken, die öffentlichen Räume gegen Privatisierung zu schützen. Besonders zu beleuchten ist die Rolle der sozialen Netzwerke – *Facebook*, *Twitter* und *Whatsapp* – die als Forum für Debatten, Kommunikation, Organisation der Akteure und Protestaufrufe genutzt werden.

Anhand der beschriebenen Fälle wurde die Artikulation einer bestimmten und oftmals unverzüglichen Agenda und der utopischen Verteidigung des Rechts auf Stadt exemplarisch dargestellt. Die aufgezeigten Fälle gelten als Beispiele einer sozialen Praxis der Rechte und kollektiver Subjekte, die die Bedeutung städtischer Politik durch legitime Stadtbesetzung verändern.⁵¹

Das Recht auf Stadt gilt demgemäß genauso als Slogan und politisches Ideal zur Einheit dieser Kämpfe, weil sich dabei ganz deutlich sehen lässt, wer das Verhältnis zwischen Urbanisierung und Wirtschaftssystem beherrscht. Die rechtliche Anerkennung des Rechts auf Stadt in Brasilien hat die politische Basis für neue Ansprüche gelegt und dazu beigetragen, dass sich eine gemeinsame Agenda der Kämpfe um soziale Transformationen bilden konnte, insbesondere in Demonstrationen gegen Privatisierung öffentlicher Räume und Gentrifizierung. Diese Agenda des Widerstands gegen das Finanzkapital – das sich verorten muss, um sich wieder zu verbreiten – ähnelt den Demonstrationen und politischen Organisationen anderer Weltregionen. Hiermit ist laut David Harvey der Aufbau einer breiten sozialen Bewegung der enteigneten Menschen ein Imperativ dazu, um die Demokratisierung dieses Rechts und die Umsetzung neuer Urbanisierungsformen zu schaffen: „Lefebvre hatte Recht, wenn er darauf bestand, dass die Revolution eine urbane sein wird, im weitesten Sinne des Wortes, oder gar nichts“.⁵²

51 Vgl. José Geraldo Sousa Jr., *O direito achado na rua: concepção e prática*, Rio de Janeiro (Lumen Juris) 2015.

52 Harvey (Fn. 50).